



Amt für Raumentwicklung Graubünden
Uffizi per il svilup dal territori dal chantun Grischun
Ufficio per lo sviluppo del territorio dei Grigioni

Ringstrasse 10, 7001 Chur, Telefon +41 (0)81 257 23 23, info@are.gr.ch, www.are.gr.ch

Kantonaler Richtplan Graubünden

Anpassung Kantonaler Richtplan im Bereich Siedlung
Ergänzung mit Kapitel 5.5 «Störfallvorsorge»

Mitwirkungsbericht

11. November 2024

Kontakt

Amt für Raumentwicklung GR
Dr. Jacques P. Feiner
Ringstrasse 10
7001 Chur

+41 81 257 23 37
jacques.feiner@are.gr.ch

Stand

Beschlussversion, 11. November 2024

Inhalt

1.	Einleitende Bemerkungen	1
2.	Auswertung öffentliche Auflage	1
3.	Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen der Vorvernehmlassung bei den betroffenen Gemeinden	4

Richtplanung Graubünden

Anpassung des kantonalen Richtplans im Bereich Siedlung Ergänzung mit Kapitel 5.5 Störfallvorsorge

Mitwirkungsbericht

1. Einleitende Bemerkungen

Der Mitwirkungsbericht umfasst einerseits die (1.) öffentliche Auflage, die vom 5. Juni bis 3. Juli 2024 stattfand. Aus Gründen der Übersicht ist unter (2.) die Vorvernehmlassung bei den betroffenen Gemeinden, die zuvor vom 23. Februar 2023 bis 1. April 2024 stattfand, ebenfalls aufgeführt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich weder aus den eingegangenen Stellungnahmen der öffentlichen Auflage noch aus der zuvor durchgeführten Vorvernehmlassung bei den betroffenen Gemeinden ein Anpassungsbedarf ergibt. Da bei der zeitgleich mit der Vorvernehmlassung beim Bund eingegebenen Vorprüfung ebenfalls keine Änderungsanträge gestellt wurden, steht aus verfahrensmässiger Hinsicht dem Beschluss des Richtplankapitels 5.5 nichts entgegen.

2. Auswertung öffentliche Auflage

Die öffentliche Auflage fand vom 5. Juni bis 3. Juli 2024 statt. Zu der Vorlage wurden keine Änderungsanträge gemacht. Die eingegangenen Stellungnahmen sind untenstehend aufgeführt.

Absender	Bemerkungen/ Antrag	Behandlung
Fürstentum Liechtenstein, Raum und Verkehrsplanung, Stephan Banzer, Amtsleitung Stv.	Die folgende Stellungnahme wurde am 14.06.2024 vom Amt für Hochbau und Raumplanung (AHR) beim Kanton Graubünden eingereicht. Das AHR holte hierfür zuvor eine Stellungnahme beim Amt für Umwelt (AU) ein. Der Richtplan des Kantons Graubünden ist das Führungs- und Koordinationsinstrument der Regierung im Bereich der Raumplanung. Gegenstand der Richtplananpassung 2023 ist Kap. 5.5 «Störfallvorsorge». Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Kantonalen Richtplan Graubünden, Kapitel 5.5 «Störfallvorsorge». Das Amt für Umwelt hat nach einer Überprüfung bezüglich eines Koordinationsbedarfes in der Störfallvorsorge im Grenzbereich auf eine Stellungnahme verzichtet. Auch das Amt für Hochbau und Raumplanung hat die Unterlagen geprüft und kommt zum Schluss, dass es keine Anmerkungen hat.	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge)
Kanton Glarus, Bau und Umwelt,	Mit Schreiben vom 5. Juni 2024 gaben Sie uns nach Art. 11 Abs. 1 RPV die Gelegenheit, uns zur Anpassung Ergänzung Kapitel	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge)

Absender	Bemerkungen/ Antrag	Behandlung
Thomas Tschudi, Regierungsrat	5.5, kantonaler Richtplan Graubünden, zu äussern. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens. Hiermit bestätigen wir Ihnen, dass in der Anpassung die raumwirksamen Aufgaben des Kantons Glarus sachgerecht berücksichtigt wurden. Die Inhalte des Richtplans Kanton Glarus behandeln ebenfalls das Thema der Störfallvorsorge, somit decken sich die Erläuterungen betreffend Achse A3 und Eisenbahnverbindung Zürich - Chur aus dem Richtplan des Kantons Graubünden und denen des Kantons Glarus.	
Kanton St.Gallen, Susanne Hartmann, Vorsteherin Bau- und Umweltdeparte- ment	Mit Schreiben vom 20. Juni 2024 haben Sie den Kanton St.Gallen im Rahmen der Anhörung der Nachbarkantone (Art. 11 Abs. 1 RPV) eingeladen, Ihnen bis zum 18. Juli 2024 mitzuteilen, ob die raumwirksamen Aufgaben des Kantons St.Gallen im angepassten Richtplan des Kantons Graubünden sachgerecht berücksichtigt worden sind. Zur vorliegenden Fassung haben wir keine Vorbehalte. Aus Sicht des Kantons St.Gallen steht einer Genehmigung des angepassten Richtplans des Kantons Graubünden nichts entgegen.	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge)
Kanton St.Gallen, AREG, Martin Schmid	Mit E-Mail vom 5. Juni 2024 haben Sie den Kanton St.Gallen zur Stellungnahme zum Richtplanentwurf «Störfallvorsorge» (Ergänzung Bereich Siedlung mit Kap. 5.5) eingeladen. Wir haben die Unterlagen durchgesehen und können Ihnen mitteilen, dass der Kanton St.Gallen keine Anträge zur Richtplananpassung stellt.	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge)
Region Landquart, Heinz Dürler, Fabian Disch	Für die mit Schreiben vom 5. Juni 2024 gebotene Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir. Wir haben die Unterlagen gesichtet und nehmen dazu wie folgt Stellung: Ausgangslage Mit der Genehmigung des Richtplans Verkehr im Februar 2022 forderte der Bund gestützt auf die Störfallverordnung (StFV, SR 814.012) den Kanton Graubünden auf, seinen Richtplan in Bezug auf die Koordination Raumplanung und Störfallvorsorge zu ergänzen. Mit der vorliegenden Kantonalen Richtplananpassung wird dem nachgekommen. In Gebieten mit erhöhtem Störfallrisiko legt die Vollzugsbehörde einen Konsultationsbereich fest. In diesen Bereichen erfordert die Richt- oder Nutzungsplanung eine Abstimmung mit der Störfallvorsorge, um das Risiko zu minimieren. In der Region Landquart sind mehrere Gemeinden vom Konsultationsbereich betroffen, diese haben bei ihren Planungen den "Risikokataster gemäss Störfallverordnung" zu berücksichtigen. Sie prüfen, ob ihr Planungssperimeter in einem Konsultationsbereich liegt und ziehen bei risikorelevanten Planungen frühzeitig das Amt für Natur und Umwelt hinzu. Die Richtplananpassung, Kapitel 5.5 «Störfallvorsorge», wurde durch den Bund vorgeprüft und dem Kanton am 20. Mai 2024 zugestellt. Daraus ging kein Anpassungsbedarf hervor. Die Region Landquart begrüsst die im Voraus der öffentlichen Auflage durchgeführte Vorvernehmlassung, die den betroffenen Gemeinden frühzeitig die Möglichkeit bot, sich zu den Anpassungen zu äussern. Die Auswertung der Anträge ist nachvollziehbar dargelegt. Erwägungen Die Ziele und Leitsätze zur Abstimmung von Siedlungsentwicklung, Siedlungsverdichtung und Störfallvorsorge sind aus Sicht der Region Landquart zweckmässig. Durch eine gezielte Abstimmung	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge)

Absender	Bemerkungen/ Antrag	Behandlung
	<p>von Siedlungsentwicklung und Störfallvorsorge sollen mögliche Einwirkungen eines Störfalls auf die Bevölkerung und Infrastruktur minimiert werden.</p> <p>Die Handlungsanweisungen erscheinen der Region Landquart sowohl angemessen als auch zielführend. Der Kanton führt die Geobasisdaten der Störfallanlagen zusammen und aktualisiert regelmässig den kantonalen Risikokataster. Die Gemeinden berücksichtigen den "Risikokataster gemäss Störfallverordnung" in ihren Planungen und prüfen frühzeitig die Relevanz eines Konsultationsbereichs im Planungsbereich.</p> <p>Zusammenfassend</p> <p>Die Ziele, Leitsätze und Handlungsanweisungen stehen nicht im Widerspruch zu den übergeordneten Rahmenbedingungen. Sie sind aus Sicht der Region Landquart zweckmässig und zielführend. Die Aufgabenverteilung ist klar definiert und nachvollziehbar. Aus diesen Gründen hat die Region Landquart nichts gegen die Richtplananpassung einzuwenden.</p>	
Stadt Chur, Departement Bau Planung Umwelt, Hochbaudienste / Stadt- entwicklung, Fiona Stahlhut, Projektleiterin Stadtentwick-lung	Die Stadt Chur hat im Rahmen der Vernehmlassung zur Störfallvorsorge keine Anmerkungen bzw. verweist auf ihre im Rahmen der Vorvernehmlassung gemachten Einlassungen.	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge)
Dr. Pascale Steiner Gemeinde- präsidentin Gemeinde Cazis	Besten Dank für die Möglichkeit der Stellungnahmen zum Richtplanentwurf "Störfallvorsorge". Die Gemeinde Cazis verzichtet in diesem Fall auf eine Stellungnahme.	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge)
Amt für Landwirtschaft und Geoinformation, Da- niel Buschauer, Amtsleiter	Danke für die Einladung zur Vernehmlassung. Wir haben keine Bemerkungen dazu, ausgehend davon, dass sich ausserhalb der Bauzonen keine Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Nutzung sowie für landwirtschaftliche Infrastrukturen inkl. Stall- und landwirtschaftliche Wohnbauten ergeben und bestehende Anlagen und Gebäude über den Bestandesschutz verfügen.	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge)
Tiefbauamt Graubünden, Leiter Zentrale Dienste, lic. iur. Simon Göldi	Aus der Sicht des Tiefbauamtes ergeben sich keine Bemerkungen.	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge)
Amt für Natur und Umwelt, Daniel Güttinger	Keine Bemerkungen	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge)

3. Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen der Vorvernehmlassung bei den betroffenen Gemeinden

Wie eingangs erwähnt, wird aus Gründen der Vollständigkeit der Umgang mit den Anträgen aus der Vorvernehmlassung ebenfalls aufgeführt. Mit Schreiben vom 23. Februar 2023 wurden die von Konsultationsbereichen betroffenen Gemeinden eingeladen, sich zum Entwurf des KRIP Störfallvorsorge zu äussern.

Aus den Anträgen der eingegangenen Stellungnahmen ergibt sich kein Anpassungsbedarf. Für nachfolgend stattfindende öffentliche Auflage gemäss Art 5 KRG konnte der Entwurf des Kapitels 5.5 Störfallvorsorge somit unverändert belassen werden.

Die eingegangenen Stellungnahmen und deren Behandlung sind untenstehend aufgeführt:

Absender	Bemerkungen/ Antrag	Behandlung
Municipio di San Vittore, 02.04.2024	<p>il Municipio di San Vittore, come richiesto, trasmette la sua presa di posizione in merito all'integrazione del piano direttore cantonale (capitolo 5. Insediamento) della "Prevenzione degli incidenti rilevanti".</p> <p>L'Esecutivo condivide l'obiettivo di massima protezione di beni e di persone contemplato dalla regolamentazione proposta. Infatti, e consapevole delle responsabilità ehe derivano al Comune di San Vittore quale ospitante sul suo territorio di una zona industriale di notevole importanza e desidera ottemperare nel migliore dei modi alle misure di prevenzione dei pericoli inerenti alla zona industriale. In modo particolare di quelli definiti rilevanti.</p> <p>Riteniamo corretta la localizzazione per il nostro Comune dell'area di coordinamento (vedi tabella "Comuni interessati dalla prevenzione degli incidenti rilevanti") nelle strutture aziendali ehe costituiscono il complesso della zona industriale di San Vittore. Non riscontriamo infatti, a livello aziendale, altre zone sensibili all'interno del perimetro co-munale. Fatto del resto già appurato recentemente nell'ambito dell'analisi dei pericoli a livello comunale ehe ha situato l'ordine di pericolo più alto in un eventuale incidente aziendale nella zona industriale.</p> <p>Il documento ehe ci è stato sottoposto, oltre a definire i concetti, spiegare le situazioni e illustrarne i riferimenti legislativi (Legge federale sulla pianificazione del territorio, Legge federale sulla protezione dell'ambiente, Ordinanza federale sulla protezione contro gli incidenti rilevanti, ecc.) stabilisce gli obiettivi della prevenzione in base alla densificazione degli insediamenti, definisce le linee direttrici anche ai fini del minor rischio per la popolazione e per l'ambiente e attribuisce le competenze ai diversi enti cantonali e comunali. Per ciò ehe riguarda i Comuni, gli stessi vengono resi attenti nella determinazione del loro perimetro di pianificazione di riferirsi alle loro aree di coordinamento e al catasto dei rischi secondo l'OPIR. Viene anche prestata attenzione a un'eventuale maggior rischio in caso di azionamento o di ampliamento pianificatorio e alla documentazione di conclusioni, decisioni ed elementi di prova. In questo senso il documento ci sembra completo, attinente allo scopo, fruibile e perciò approvabile.</p>	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge)
Stadt Chur	Vielen Dank, dass die Stadt Chur die Gelegenheit erhält im Rahmen der Vorvernehmlassung zu den Konsultationsbereichen der Störfallvorsorge Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir	Kenntnisnahme (Stellungnahme enthält keine Anträge), Beantwortung der Fragen:

Absender	Bemerkungen/ Antrag	Behandlung
	<p>diese Möglichkeit wahr und äussern unsere Bedenken und Fragen:</p> <p>Wir sehen hauptsächlich im Bereich des Konsultationsbereichs Eisenbahn potentielle Konflikte durch Entwicklungsvorhaben, die mit einer Einzonung/Umzonung/Aufzonung und/oder Folgeplanung realisiert werden. Beispielsweise ist im Stadtentwicklungskonzept 2050 eine noch unbebaute, nicht eingezonte Fläche in Chur Nord (Parzellen 522, 526, 3720, 6378) als Entwicklungsschwerpunkt Arbeitsplatzgebiet vorgesehen, wobei die gesamte Fläche im Konsultationsbereich Eisenbahn liegt. Ebenfalls gibt es weitere Flächen in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof/Gleisfeld, die zukünftig einer Bebauung oder Umnutzung zugeführt werden (Bsp. Hotel) und dafür eine Umzonung bedingen. Weiter gibt es mehrere, bestehende "empfindliche Nutzungen" im Konsultationsbereich Eisenbahn, wie beispielsweise das Einkaufszentrum Gäuggeli oder Schulen und Kindergärten. Auch für diese ist ein Entwicklungsspielraum nötig, beispielsweise für die Schulhauserweiterung Masans, wozu auch eine Umzonung im Konsultationsbereich erforderlich sein wird.</p> <p>Aus den Erläuterungen des Richtplanentwurfs wird nicht abschliessend deutlich, wie die genannten Entwicklungsvorhaben entlang der Bahnlinie durch die Störfallvorsorge beeinflusst werden. Kann es sogar sein, dass durch die Störfallvorsorge ein Vorhaben verunmöglicht wird? In diesem Zusammenhang lässt sich festhalten, dass aus den abgegebenen Dokumenten auch nicht ersichtlich wird, wie sich die Breite und Ausdehnung des Konsultationsbereichs berechnet hat und ob es dabei ein Spielraum zur Verkleinerung gibt?</p> <p>Im Risikokataster gemäss Störfallverordnung gibt es auch einen Risikokataster Strassen mit Eintrag auf der Autobahn, gibt es da kein Konsultationsbereich?</p> <p>Bei den stationären Betrieben ist ein Betrieb auf Parzelle 1748 ohne Konsultationsbereich aufgeführt, wie erklärt sich das?</p>	<p>Generell richtet sich der Kanton Graubünden für die Koordination zwischen Raumplanung und Störfallverordnung (Art. 11a der Störfallverordnung, StFV; SR: 814.012) an die Planungshilfe «Koordination Raumplanung und Störfallvorsorge» des Bundesamt für Raumentwicklung ARE et al., 2022, Koordination Raumplanung und Störfallvorsorge, Bern: Planungshilfe Koordination Raumplanung und Störfallvorsorge (admin.ch) aus.</p> <p>Bezüglich der genannten Gebiete im Konsultationsbereich Eisenbahn (nicht eingezonte Fläche in Chur Nord (Parzellen 522, 526, 3720, 6378), die als Entwicklungsschwerpunkt Arbeitsplatzgebiet vorgesehen sind, sowie die nachfolgend genannten "empfindlichen Nutzungen") gilt folgendes:</p> <p>Die Risikoeinschätzung (und die damit allenfalls miteinhergehenden Nutzungseinschränkungen) hängt einerseits vom Gefährdungspotential der Störfallanlage sowie von der Empfindlichkeit der (vorgesehenen) Nutzung und Nutzerdichte im jeweiligen Konsultationsbereich ab und sind in den jeweiligen Planungsverfahren stufengerecht abzuklären. Das konkrete Vorgehen ist in der Planungshilfe in Kapitel 3 für Planungsverfahren und in Kapitel 4 für Baubewilligungsverfahren beschrieben und hängt u.a. von obengenannten Variablen (Gefährdungspotential, Empfindlichkeit Nutzung, Nutzerdichte) ab. Deshalb kann erst im Zuge der Durchführung einer Planung eine konkrete Beurteilung gemacht werden. Wir empfehlen in diesem Zusammenhang, die dafür zuständigen Stellen frühzeitig mit einzubeziehen.</p> <p>Bezüglich der Breite und Ausdehnung von Konsultationsbereichen gilt das folgende: Bei raumplanungsrelevanten Störfallanlagen (= Anlagen, die aufgrund ihres Gefahrenpotenzials signifikante Gefahrenquellen für die Bevölkerung <u>ausserhalb der Störfallanlagen</u> darstellen) werden die Konsultationsbereiche gemäss Anhang 1 der Planungshilfe definiert. Sie werden vom Bund festgelegt.</p> <p>Verkleinerungen sind im Ausnahmefall grundsätzlich möglich, bedürfen aber eines konkreten Nachweises des geringeren Risikos, der wiederum durch die zuständigen Störfall-Fachstellen geprüft und gutgeheissen werden muss.</p> <p>Autobahn im Risikokataster ohne Konsultationsbereich: Siehe Anforderungen Anhang 1 der Planungshilfe:</p> <p>Konsultationsbereiche für Autobahnen werden erst ab vierspuriger Ausführung und</p>

Absender	Bemerkungen/ Antrag	Behandlung
		<p>einem DTV>50000 erlassen. Die Anforderung des DTV ist im Falle der Autobahn im Churer Rheintal nicht gegeben. Betrieb auf Parzelle 1748 ohne Konsultationsbereich: Vom gelagerten Stoff in dieser Anlage geht keine Gefährdung ausserhalb der Störfallanlage aus. Somit benötigt diese Anlage keinen Konsultationsbereich.</p>
Gemeinde Landquart, 04.04.2024	<p>Mit Schreiben vom 23. Februar 2024 haben Sie uns informiert, dass das Amt für Raumentwicklung eine Ergänzung des Kantonalen Richtplans betreffend «Störfall-Vorsorge» beabsichtigt. Für die gebotene Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen einer Vorvernehmlassung danken wir.</p> <p>Aufgrund der kurzen Fristansetzung von einem Monat ist es der Gemeinde Landquart nicht möglich, die Unterlagen im Detail zu prüfen und eine abschliessende Rückmeldung zu machen. Vorab möchten wir jedoch bereits nachfolgendes mitteilen.</p> <p>Der Gemeinde Landquart ist bewusst, dass die übergeordneten Gesetzesvorgaben und Aufträge des Bundes umzusetzen sind. Die Stufengerechtigkeit ist jedoch zu wahren. Auf die nicht stufengerechte Umsetzung in der vorgesehenen Ergänzung des Richtplans ist zu verzichten. Vorerst wird beantragt, folgende Handlungsanweisung im Richtplantext anzupassen:</p> <p>Der Kanton überprüft im Rahmen von Richt- und Ortsplanungsrevisionen mit Vorhaben in Konsultationsbereichen, ob die Anforderungen an die Störfallvorsorge eingehalten sind.</p> <p>Bei Vorhaben in Konsultationsbereichen ist im Rahmen der Nutzungsplanung sicherzustellen, dass die Anforderungen an die Störfallvorsorge eingehalten werden.</p> <p>Abklärungen hinsichtlich Störfallvorsorge bzw. hinsichtlich Risikorelevanz sind nicht Sache der Richtplanung. Bereits auf dieser Stufe sehr umfangreiche Gutachten zu erstellen ist nicht möglich. Die vom Kanton beabsichtigten Handlungsanweisungen und Erläuterungen führen zu unnötigem Koordinationsaufwand und Planungskosten auf Stufe Region, insbesondere auch im Zusammenhang mit allfälligen zukünftigen Siedlungsgebietserweiterungen.</p> <p>Die Sicherstellung der rechtlichen Vorgaben soll auf Stufe der Nutzungsplanung erfolgen. Insbesondere sollen entsprechende Nachweise und Massnahmen auch auf die Stufe der Folgeplanungen (Arealplanung oder Quartierplanung) delegiert werden. Damit kann eine stufengerechte und zweckmässige Einhaltung der Rechtsvorgaben sichergestellt werden.</p> <p>Mit der beabsichtigten Ergänzung des Kantonalen Richtplans wird eine Aufgabe der kommunalen Nutzungsplanung auf die Stufe der Richtplanung gehoben, womit immenser Planungsaufwand und Mehrkosten generiert werden, obwohl Entwicklungen weder im Detail bekannt sind, noch eine Umsetzung sichergestellt ist. Die Gemeinde Landquart beurteilt diese Tendenz kritisch und kann die beabsichtigte Richtplananpassung aus oben genannten Gründen nicht unterstützen.</p> <p>Die Gemeinde behält sich vor, im Rahmen der ordentlichen Vernehmlassung weitere Anträge zu stellen.</p>	<p>Nicht-Berücksichtigung. Begründung:</p> <p>Die Argumentation der Gemeinde Landquart in Bezug auf die Stufengerechtigkeit wird zur Kenntnis genommen. Im Hinblick auf den immer dichter werdenden «Regelungsdschungel» wird dem Anliegen der Region Landquart auch Verständnis entgegengebracht.</p> <p>In Art 11a Abs 1 der Störfallverordnung (StFV; SR 814.012) ist jedoch folgendes geregelt: <i>«Die Kantone berücksichtigen die Störfallvorsorge in der Richt- und Nutzungsplanung sowie bei ihren übrigen raumwirksamen Tätigkeiten».</i></p> <p>Die Kantone müssen somit gemäss Art. 11a der Störfallverordnung die Störfallvorsorge in der Richt- und Nutzungsplanung sowie bei ihren übrigen raumwirksamen Tätigkeiten berücksichtigen.</p> <p>Weiter richtet sich der Kanton Graubünden an der Planungshilfe Koordination Raumplanung und Störfallvorsorge (admin.ch) aus. Die Anforderungen an die Koordination von Raumplanung und Störfallvorsorge in der Richtplanung sind im Kapitel 3.3 der Planungshilfe weiter definiert.</p> <p>Der kantonale Richtplan dient der Koordination der raumwirksamen Tätigkeiten im Hinblick auf die anzustrebende Entwicklung der Besiedlung, des Verkehrs, der Versorgung sowie der öffentlichen Bauten und Anlagen. Eine vorausschauende Abstimmung ist für die frühzeitige Koordination zukünftiger räumlicher Interessen notwendig. Dazu gehört auch eine Berücksichtigung der Störfallvorsorge.</p> <p>Wie vorgängig schon erwähnt, ist gemäss Artikel 11a Absatz 1 StFV die Koordination von Siedlungsentwicklung und Störfallvorsorge im kantonalen Richtplan (vorausschauend) zu behandeln. Somit kann diese Aufgabe nicht auf das Folgeverfahren geschoben werden.</p> <p>In diesem Sinn besteht in Bezug auf den in roter Farbe dargestellten Antrag kein Spielraum; er kann nicht berücksichtigt werden.</p>

Absender	Bemerkungen/ Antrag	Behandlung
Region Albula	In der Region Albula gibt es keine Anlagen, welche der Störfallverordnung unterstellt sind. Deshalb besteht kein Bedarf zur Stellungnahme.	Kenntnisnahme